



300 people
died in the
central
Mediterranean
in 10 days

In 2023 more than 824 people lost their
lives in the central Mediterranean



antira.org

solange wir nicht alle sind

antira-Wochenschau vom 24.04. & 01.05.23

Litauen legalisiert Pushbacks,
UNHCR lässt Protestcamp räumen,
Waadt schafft nach Kroatien aus

Antirassistischer Rückblick auf eine Woche voller Rassismus und Widerstand:

- Europäische Grenzgewalt der letzten Woche
- Mittelmeer: Hunderte Menschen sterben in weniger als zwei Wochen
- Balkanroute: steigende Zahlen, schlimmere Bedingungen
- Litauen: Parlament legalisiert Pushbacks
- NKVF: Zustände Bundesasylcamps verstossen gegen die UN-Kinderrechtskonvention
- Ende für erleichterte Visa für Erdbebenbetroffene
- Noch ein Sonderflug nach Kroatien
- Frontex: Wozu der Schweizer Beitrag dient
- «Fehlt wegen Ramadan die Kraft?» – Wie der Journalismus mit fastenden Sportler*innen umgeht
- Tunesien: Polizei räumt Protest-Camp vor dem UNHCR
- Gedenken an Jamilia, ermordet vom Patriarchat und dem Schweizer Asylsystem

Die Artikel der antira-Wochenschau beruhen auf dem Medienspiegel der vergangenen Woche. Für eine bessere Lesbarkeit wird hier auf den Abdruck aller Links aus der digitalen Version verzichtet. Die vollständige Wochenschau gibt es auf antira.org, barrikade.info und per Newsletter. Möchtest du die Printversion der Wochenschau einmal pro Woche in deinen Briefkasten geliefert bekommen? Dann schick uns eine Email mit der gewünschten Lieferadresse an antira@immerda.ch.

Was ist neu?

Europäische Grenzgewalt der letzten Woche

Gewalt, Elend und Tod sind an den europäischen Aussengrenzen zum Alltag geworden. Ein Überblick der letzten Woche aus Polen, Nordmazedonien und von der türkisch-griechischen Grenze.

- In Białystok (Polen) liegt Mohammad seit mehreren Tagen im Koma. Am 7. April wurde er schwerverletzt ins Krankenhaus eingeliefert, nachdem er von der fünf Meter hohen und 186 km langen Grenzmauer gestürzt war.
- In Nordmazedonien ist eine Frau im Krankenhaus gestorben, nachdem sie von der Polizei angeschossen wurde. Bei einem gemeinsamen Einsatz der EU-Grenzagentur Frontex und den lokalen Grenzbehörden an der nordmazedonisch-griechischen Grenze, bei welchem die Beamten einen sogenannten Schmuggler festnehmen wollten, sei die Frau «versehentlich» angeschossen worden.
- Nahe der türkisch-griechischen Grenze wurden am Samstag bei einem Autounfall sechs Personen getötet. Die People on the Move waren von der griechischen Grenze zur Türkei in Richtung Westen unterwegs, als sie beim Versuch eine Polizeikontrolle zu umgehen mit einem anderen Fahrzeug zusammenstießen.
- Und zuletzt ist und bleibt das Mittelmeer eine der tödlichsten Grenzen der Welt. Jedes Jahr werden mehr als 1000 Menschen, welche versuchen über das Mittelmeer nach Europa zu fliehen, als vermisst oder verstorben gemeldet. Im Jahr 2022 waren es offiziell sogar 1940 Personen, wobei die tatsächliche Zahl der Todesopfer sehr wahrscheinlich höher ist. Mehr Infos zu aktuellen Ereignissen auf dem Mittelmeer gibt es hier: https://twitter.com/alarm_phone

Mittelmeer: Hunderte Menschen sterben in weniger als zwei Wochen

Mindestens 319 tote und vermisste Menschen an den europäischen Seeaussengrenzen in den vergangenen 10 Tagen. Dreihundertneunzehn. Vermutlich ist diese Liste noch nicht einmal vollständig. Dazu tunesische Behörden, die Motoren stehlen, maltesische Behörden, die Zahlen verheimlichen, italienische Behörden, die weit entfernte Häfen zuweisen. Ein Überblick.



18. April:

- 15 vermisste Menschen aus Tunesien nach einem Schiffbruch vor den Kerken-na-Inseln, Tunesien
- 42 Tote und 18 Vermisste vor Sabrata, Libyen
- 1 Mann ertrunken, 55 Überlebende nach Such- und Rettungseinsatz vor Lampedusa
- Auf einem Boot mit 286 Menschen, das vor Lampedusa gerettet wird, befindet sich eine Leiche

19. April:

- 5 Menschen aus Bangladesch sterben bei einem Such- und Rettungseinsatz in der Nähe von Zliten, Libyen
- 19 Menschen sterben bei einem Schiffbruch auf der Route zu den Kanarischen Inseln, darunter 1 Mädchen
- 1 Mann stirbt bei einem Schiffbruch südlich der griechischen Halbinsel Peloponnes, mindestens 10 Vermisste

20. April:

- 19 Leichen werden in die Leichenhalle von Sfax, Tunesien, gebracht

21. April:

- 1 tote Person in Susah, Libyen, gefunden

22. April:

- 13 Leichen werden in die Leichenhalle von Sfax, Tunesien, gebracht

23. April:

- 26 Leichen werden in die Leichenhalle von Sfax, Tunesien, gebracht

24. April:

- 1 Toter, 21 Vermisste in der Nähe von Lampedusa
- 4 Vermisste, 41 Überlebende nach SAR-Einsatz vor Lampedusa
- 6 Vermisste, 38 Überlebende nach SAR-Einsatz vor Lampedusa
- 31 Leichen werden in die Leichenhalle

Fortsetzung von Mittelmeer: Hunderte Menschen sterben in weniger als zwei Wochen

von Sfax, Tunesien, gebracht

- 1 tote Frau aus Guinea, 35 Überlebende, ebenfalls nach SAR-Einsatz bei Lampedusa

25. April:

- 10 Tote (9 Männer, 1 Kind), 45 Vermisste vor der Küste von Garaboulli
- 32 Leichen werden in die Leichenhalle von Sfax, Tunesien, gebracht

26. April:

- 7 Leichen werden in die Leichenhalle von Sfax, Tunesien, gebracht

Es ist das tödlichste Jahr auf der zentralen Mittelmeerroute seit sechs Jahren, erklärte in der vergangenen Woche die Internationale Organisation für Migration (IOM)*. Die katalanische NGO Open Arms hat am Freitag, den 28. April auf ihrer Mission im zentralen Mittelmeer eine weitere Leiche gefunden.

Während die tunesischen Behörden angeben, in den ersten drei Monaten dieses Jahres 14'000 Migrant*innen aufgegriffen oder gerettet zu haben, tragen sie die Mitschuld an Schiffbrüchen. Migrant*innen und das Alarm Phone berichten, dass Mitarbeitende der Küstenwache systematisch Motoren ausgebaut und die Boote auf dem Meer treibend zurückgelassen haben. Oft kämen sie Stunden später zurück, um die Menschen von den Booten aufzunehmen und nach Tunesien zurückzubringen. Dabei führen die Schiffe der Küstenwache auch schon gefährliche Manöver, die Menschen-

leben kosteten: „Wenn sie das Wasser aufwirbeln, geraten die Menschen in Panik und das Boot kippt um. Sie können einige Menschen retten, aber nicht alle,“ berichtet ein Zeuge.

Undurchsichtig ist auch die Arbeit der maltesischen Behörden. NGOs weisen diesen immer wieder Pushbacks und unterlassene Hilfeleistung gegenüber Booten in Seenot nach. Die Zeitung «Times of Malta» versucht deshalb bereits seit über einem Jahr von den maltesischen Streitkräften Zahlen zu ihren Einsätzen zu erhalten. Wie viele Menschen wurden von ihnen in der Such- und Rettungszone gerettet? Wie viele von ihnen sind in Malta an Land gegangen oder nach Italien und Libyen gebracht worden? Trotz europäischer Gesetzgebung zur Informationsfreiheit weigern sich die Behörden zur Herausgabe der geforderten Daten: Diese Zahlen würden die nationale Sicherheit gefährden.

Italien verfolgt weiter seine Politik der weit entfernten Häfen. Nachdem vergangene Woche erneut einem zivilen Rettungsschiff ein 1'600 km entfernter Hafen zugewiesen wurde, haben die Seenotrettungsorganisationen SOS Humanity, Mission Lifeline und Sea-Eye in Rom Klage gegen das Verkehrsministerium, das Innenministerium, das Verteidigungsministerium und das Regierungspräsidium eingereicht. Die tagelange Fahrt zu einem Hafen ist für die geretteten Menschen eine starke physische und psychische Belastung. Sie widerspricht dem geltenden internationalen Seerecht, das einen Abschluss des Rettungseinsatzes beim nächstmöglichen sicheren Hafen vorsieht.

Balkanroute: steigende Zahlen, schlimmere Bedingungen

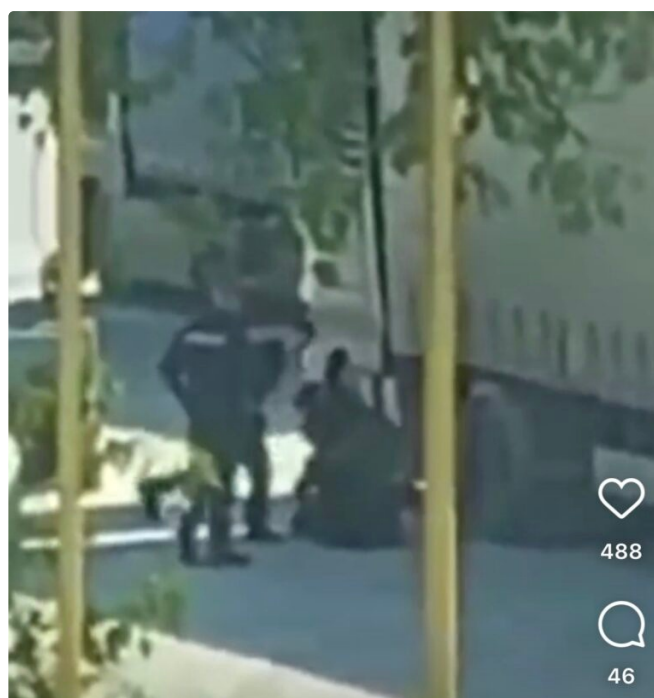
Ein Video dokumentiert Gewalt von serbischen Grenzbeamten: Zwei Menschen werden mit einem Schlagstock brutal verprügelt. In Bosnien-Herzegowina wartet ein potenzielles Abschiebegefängnis auf seine Inbetriebnahme: Finanziert von EU-Geldern und gebaut von einer österreichischen Firma in der Hand eines rechten Politikers.

Trotz der dokumentierten Gewalt und der systematischen Push-Backs an den osteuropäischen Grenzen auf der sog. Balkanroute ist die Zahl der Menschen, die versuchen über diese Fluchtroute in die EU zu gelangen, im letzten Jahr angestiegen. Gleichzeitig haben sich die Bedingungen verschlechtert, wie z.B. ein Sprecher der humanitären Organisation Rotes Kreuz attestiert. Er spricht von „unvorstellbarem Leid und vermeidbaren Todesfällen“. Erst letzte Woche wurde in den sozialen Medien ein Video veröffentlicht, das die Grenzgewalt verdeutlicht. Das Video zeigt, wie am Grenzübergang Mali Zvornik zwischen Serbien und Bosnien zwei auf dem Boden kniende geflüchtete Männer von einem weissen Grenzbeamten brutal mit einem Schlagstock verprügelt werden, während ein weiterer weisser Grenzbeamter daneben steht. Die Organisation SOS Balkanroute hat Strafanzeige bei der serbischen Staatsanwaltschaft eingereicht. Sie erhoffen sich allerdings nicht viel davon: „Wie wir die bisherige Handhabung in Serbien, Bosnien-Herzegowina und Kroatien kennen, werden die Täter wieder straffrei

Das Video zeigt, wie ein Grenzbeamter mit seinem Schlagstock auf zwei am Boden kniende Männer einprügelt.

davonkommen.“ Des weiteren prangern sie auch die österreichische Regierung an, sich im sog. Kampf gegen ‚illegale Migration‘ mit den Systemen von Vučić und Orban zu verbünden und sich somit mitverantwortlich für die Grenzgewalt zu machen. Sie verweisen auch darauf, dass österreichische Polizeibeamt*innen an der serbisch-mazedonischen Grenze, sowie an der ungarisch-serbischen Grenze stehen, wo „nachweislich tausende Geflüchtete geschlagen und verletzt werden.“

Auch bei Rechtsverletzungen in Bosnien haben die österreichische Regierung und die EU ihre Finger mit im Spiel. Mit 500'000 EUR hat die EU-Kommission



Fortsetzung von Balkanroute: steigende Zahlen, schlimmere Bedingungen

einen Internierungstrakt im Camp in Lipa im Kanton Una Sana finanziert. Gebaut wurde der Trakt vom International Centre for Migration Policy Development (ICMPD) mit Sitz in Wien. Der Leiter des ICMPD ist Michael Spindelegger, Österreichs Ex-Vizekanzler und Mitglied der konservativen Österreichischen Volkspartei. Nun hat weder das bosnische Sicherheitsministerium, noch der zuständige Kanton die Baubewilligung erteilt. Laut EU-Kommission sei die Ausländerbehörde in Sarajevo zuständig, doch deren Sprecher berichtet, dass für den Betrieb des Internierungstrakts eine Rechtsgrundlage fehle. Dass für sehr viele Praxen an den EU-Grenzen eine Rechtsgrundlage fehlt, rechtsfreie Zonen in Grenzgebieten errichtet werden oder Gesetze in Ländern verankert werden, welche gegen internationales Asyl-Recht verstossen, ist leider eine bittere Wahrheit. Deswegen sind viele Organisationen und (geflüchtete) Aktivist*innen

auch alarmiert: Sie befürchten, dass in diesem Internierungstrakt ein Abschiebegefängnis entstehen soll. Offiziell soll der Trakt zwar der Internierung von sog. „Unruhestifter*innen“ aus dem Camp dienen. Doch die Lagerleitung berichtet kaum von Vorfällen. Und der ungarische EU-Erweiterungskommissar Olivér Várhelyi kündigte bei seinem letzten Besuch im November ein Pilotprojekt in Lipa an und, dass „die falschen Asylbewerber so lange festgehalten werden müssen, bis sie in ihre Herkunftsländer zurückkehren“. Die Gefahr besteht nun, dass Bosnien-Herzegowina als Abschiebezone für die EU dienen soll, während als Belohnung ein EU-Beitritt winkt. So könnten Menschen im Internierungstrakt des Lagers festgehalten und anschliessend abgeschoben werden, noch bevor sie die EU erreicht haben. Maximal 72 Stunden sollen laut EU Menschen inhaftiert werden dürfen. Doch in 72 Stunden ein Asylverfahren durchzuführen und das Recht auf Asyl einer Person zu prüfen, ist unmöglich.

Litauen: Parlament legalisiert Pushbacks

Ein Beschluss des Parlaments in Litauen legalisiert Push-Backs in der fünfhundert km langen Grenzzone zwischen Litauen und Belarus. Pushbacks verstossen gegen internationale Menschenrechte, weil Menschen auf der Flucht dabei ohne Zugang zu einem fairen (Asyl-)Verfahren und ohne Rekursrechte abgeschoben werden. In Belarus drohen zudem weitere Menschenrechtsverletzungen. Schon zahlreiche flüchtende Personen sind während den Pu-

shbacks gestorben. Doch selbst Todesfälle und die zahlreichen Apelle von NGOs im In- und Ausland hinderte das Parlament nicht an ihrer menschenfeindlichen Entscheidung.

Laut der Organisation Ärzte ohne Grenzen fanden 2022 über 8000 Pushbacks durch litauische Grenzpolizist*innen statt. Die Pushbacks machen die Arbeit von Ärzte ohne Grenzen unmöglich. Amnesty International kritisiert: „Legalisierung von Pu-

shbacks leistet Folter Vorschub.“ Der Ausschuss des Europarats zur Verhütung von Folter positioniert sich glasklar und sagt in einem neuen Bericht, dass Länder wie Litauen durch die Pushbacks den Tatbestand der Folter erfüllen. Der Slogan „Legal, ille-

gal, scheissegal“ vermag diese Situation passend zu erfassen. Menschenrechte sind für die Festung Europa ein Schönwetterprogramm. Besonders wenn die menschenrechtswidrige Gewalt sich gegen rassismusbetroffene Personen richtet.

Was geht ab beim Staat?

NKVF: Zustände Bundesasylcamps verstossen gegen die UN-Kinderrechtskonvention

Die ORS-AG und andere Betreiber*innen der Bundesasylcamps seien nicht in der Lage, „eine persönliche und kontinuierliche Begleitung der unbegleiteten asylsuchenden Jugendlichen zu gewährleisten“. So steht es im neuen Bericht der Nationalen Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF). Ihr zufolge „verletzen das SEM als gesamtverantwortliche Behörde und die von ihm beauftragten Betreuungsunternehmen das übergeordnete Kindsinteresse der unbegleiteten asylsuchenden Jugendlichen sowie ihr Recht auf Schutz, ihr Recht auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel sowie altersgemässe aktive Erholung.“

Die Nationale Kommission zur Verhütung von Folter (NKVF) hat den Auftrag, unmenschliche Behandlung von Personen im Freiheitsentzug zu verhindern. In diesem Rahmen besuchte die NKVF zwischen Februar 2021 und Oktober 2022 ohne Voranmeldung insgesamt 17 Bundesasylcamps. Ein spezielles Augenmerk galt den unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen (UMA). Die Ergebnisse sind erschütternd:

- Ausschlussmöglichkeiten von altersspezifischen Aktivitäten: Sobald eine Person als sogenannt provisorisch unbegleitete minderjährige asylsuchend (PUMA) eingestuft wird oder sobald ein negativer Asylentscheid vorliegt und der Transfer

in ein Abschiebecamps erfolgte, werden sämtliche sozialpädagogischen Betreuung, die altersspezifischen Aktivitäten sowie das Recht auf Bildung eingestellt.

- Mangelnde Sicherheit für weiblich gelesene minderjährige Geflüchtete: Ein Teil der weiblichen UMAs müssen mit erwachsenen Frauen den Schlafraum teilen. Andere verfügen zwar über eigene Schlafräume, doch diese befinden sich auf einem Stockwerk neben Schlafräumen mit bis zu 70 männlich gelesenen unbegleiteten Jugendlichen. Beides sei problematisch, kritisiert die NKVF. Zudem erhalten die männlich gelesenen UMAs mehr Aufmerksamkeit vom Per



Das SEM vernachlässigt sog. UMAs und PUMAs.

*Fortsetzung von NKVF: Zustände
Bundesasylcamps verstossen gegen die
UN-Kinderrechtskonvention*

- sonal, was dem „Recht auf Ruhe und Freizeit, auf Spiel und altersgemässe aktive Erholung“ der weiblichen UMAs schade.
- Mangelhafte sozialpädagogische Betreuung: Für die NKVF gleicht die sonderpädagogische Arbeit in den Bundesasylcamps eher dem Verwalten als dem Betreuen von Jugendlichen. Beispielsweise sei das sonst in Institutionen für Kinder und Jugendliche übliche Bezugspersonensystem „aufgrund der hohen Fallzahlen, und weil viele Stellen für sozialpädagogische Mitarbeitende nicht besetzt werden können, nicht mehr umsetzbar“.
 - Bestrafungen wie bei Erwachsenen: In einem Handbuch zum Umgang mit UMA fordert das SEM die Sozialpädagog*innen auf: „bei wiederholten oder schweren Verstössen gegen die Hausordnung soll das gleiche Sanktionssystem wie bei erwachsenen asylsuchenden Personen Anwendung finden“. Die Sozialpäd-

agog*innen bestrafen laut NKVF nicht überall gleich. Negativ sticht das Bundesasylcamp Bern heraus, wo UMAs teilweise ausgeschlossen wurden und bei der Loge übernachten mussten. Die häufigste Bestrafung besteht darin, das Bargeld zu entziehen, obwohl dies sehr einschneidend sein kann.

- Suizid und Selbstverletzung als Alltag: In den Bundesasylcamps traf die NKVF „immer wieder auf Jugendliche, bei denen – meist an den Armen – Narben sichtbar waren.“ Mitarbeitende gaben an, dass sich die Suizidversuche und Selbstverletzungen häufen, wenn ein negativer Asylentscheid gefallen sei oder wenn unbegleitete asylsuchende Jugendliche als volljährig eingestuft wurden.

Laut SEM betreffen diese Missstände rund 1700 unbegleiteten jugendlichen Asylsuchenden in den Bundesasylcamps. Nach wie vor fehlen für die Betreuung über 60 Vollzeitstellen. Mit schneller Verbesserung ist trotzdem nicht zu rechnen, denn trotz krasser Missständen und krasser Verstösse gegen internationales Recht zeigen die wenigsten Entscheidungsmächtigen Interesse.

Ende für erleichterte Visa für Erdbebenbetroffene

Das SEM will nach Angaben der NZZ das Visa-Programm für Menschen aus Syrien und der Türkei Mitte Mai beenden. Nach den schweren Erdbeben Anfang Februar konnten Betroffene, die enge Verwandte in der Schweiz haben, beschleunigt ein 90-Tage-Visum erhalten. Schon in den ersten Tagen wurden über 2'000 Anträge gestellt. Bis heute haben lediglich 59 Personen aus Syrien und 239 Menschen aus der Türkei ein Visum erhalten. Nun ist die Begründung des Visa-Aus das angeblich sinkende Bedürfnis danach.

Das Visumgesuch war von Anfang an mit hohen Hürden verbunden, wie sie in der Schweizer Bürokratie so üblich sind. Aufgrund der «Schweizer Sicherheit» müssen die Gesuchsteller*innen ihren Pass vorweisen, was nach einem Erdbeben mit mehr als 59'000 Toten und über 125.000 Verletzten für viele wohl nicht möglich war. Zudem mussten sie beweisen, dass ihre Eltern, Geschwister oder Kinder in der Schweiz genug Geld verdienen, um vollständig für sie aufzukommen.

Noch ein Sonderflug nach Kroatien: Die Grausamkeit der Waadtländer Behörden kennt keine Grenzen!

Im Morgengrauen des 19. April wurde F. im EVAM-Heim in Yverdon verhaftet, direkt zum Flughafen gebracht und an Bord eines Sonderflugs nach Kroatien gesetzt. Ein eigens gechartertes Flugzeug, körperliche Strapazen und eine grosse Polizeipräsenz für einen Mann mit sehr hohem

Suizidrisiko: Wir verurteilen vehement diese weitgehend unverhältnismässige Gewalt, diese unmenschlichen, unwürdigen und unmoralischen Massnahmen, ganz zu schweigen von den finanziellen und ökologischen Kosten der Operation.

Frontex: Wozu der Schweizer Beitrag dient

„Fast ein Jahr ist es her. Am 15. Mai 2022 stimmte die Stimmbevölkerung über die weitere Beteiligung der Schweiz an der EU-Grenzschutzagentur Frontex ab. Das Ergebnis war mit 71,5 Prozent Ja-Stimmen schliesslich überdeutlich. Aber immerhin ging der Abstimmung eine einzigartige und pointiert linke Kampagne voraus – aus der ausserparlamentarischen Ecke, die sich ohnehin mehr für Diskursverschiebungen als für Parlamentsentscheide interessiert.“

Ein Beitrag der WOZ

„Und es gelang ihr mit ihrer Kampagne tatsächlich, die Verbrechen der Agentur genauso zum Thema zu machen wie den Beitrag der Schweiz dazu. Dass sie diesen leistet, war vor der besagten Kampagne wohl erst den wenigsten überhaupt bekannt. Geschweige denn die Details: dass die Schweiz bis 2027 einen jährlichen Beitrag von schätzungsgemäss über siebenzig Millionen Franken an die Pushbackagentur leisten wird.

Umso frustrierender ist es, dass das Thema Frontex seither in der Medienlandschaft wieder fast so stiefmütterlich behandelt wird wie zuvor. Dabei hat sich an der Ausgangslage wenig geändert. Zwar wurde Fabrice «Lügeri», der Direktor, mittlerweile durch den niederländischen Polizeioffizier Hans Leijtens ersetzt. Ansonsten bleibt alles beim Alten: Die Zeichen stehen auf Abwehr um jeden Preis.

Das zeigt der Beschaffungsplan von Frontex für die Jahre 2023 bis 2027, der zwar schon im Februar beschlossen, aber erst jetzt von der Organisation Statewatch ausführlich beleuchtet wurde. Zur Erinnerung: Die Ausgaben, die das Management Board

von Frontex beschlossen hat, werden auch von der Schweiz mitgetragen. Das sind also auch eure Steuergelder – eingesetzt für menschenverachtende Abschottungspolitik. Konkret rechnet Frontex schon jetzt mit Millionen zur Einrichtung eines «Fährendienstes» zwischen Griechenland und der Türkei. Um schnelle Rückführungen durchziehen zu können, sobald der EU-Türkei-Deal wieder umgesetzt wird – seit 2020 verweigert die Türkei die Kooperation mit Griechenland bei der Rückübernahme Geflüchteter.

40 Millionen Euro will Frontex darüber hinaus für Charterflüge ausgeben, um damit Massenausschaffungen durchzuführen. Und 180 Millionen Euro sollen für neues Überwachungsgerät ausgegeben werden: Infrarotkameras, Drohnen, Helikopter und so weiter. Insgesamt will die Agentur bis 2027 Technologie, neues Gerät und neue Software im Wert von fast 600 Millionen Euro beschaffen. Dem stehen 2,8 Millionen Euro gegenüber, die sie zwischen 2020 und 2022 für Grundrechtsfragen aufgewendet hat.“

«Fehlt wegen Ramadan die Kraft?» – Wie der Journalismus mit fastenden Sportler*innen umgeht

Am 21. April endete der Ramadan. Für fastende Profisportler*innen kann dieser eine zusätzliche Herausforderung für die Trainings- und Wettkampfplanung darstellen. Auch Sportredakteure bauen den Einfluss des Fastens in ihre Leistungsbewertungen ein. Einige Überlegungen zum Verhältnis von Sport, Medien und religiösem Fasten.

Die Neue Luzerner Zeitung verteilte nach einem überzeugenden 4:1 Sieges des FC Luzern gegen den FC Zürich vorletztes Wochenende dem Heimteam «kollektiv gute Noten.» Nur Sofyan Chader zeigte laut NLZ-Sportredakteur Turi Bucher eine ungenügende Leistung. Wofür dieser aber auch eine mögliche Erklärung hatte: Vielleicht fehlte dem Spieler ja die Kraft wegen Ramadan? Nun, der einzige Mensch der diese Frage beantworten kann, ist der Spieler selber. Was wir uns hingegen fragen: In welchen Fällen und warum, wird das Fasten von Sportler*innen während des Ramadan von Sportjournalisten erwähnt – und wann nicht?

Die Partie gegen den FC Zürich lief in der ersten Halbzeit in der Tat komplett am jun-

gen französischen Stürmer vorbei, was die schlechte Benotung durchaus rechtfertigt. (Ja, ihr staunt, auch die antira-Wochenschau hat eine Sportredaktion und sich das Spiel angesehen.) Was für Chader umso ärgerlicher war, hatte er doch eine Woche zuvor beim Auswärtsspiel in Winterthur eine grandiose Leistung abgeliefert. Welche übrigens auch Turi Bucher wahrnahm und mit der Note 5.5 von 6 bewertete. Allerdings ohne auf den Ramadan einzugehen. Welcher dieses Jahr am 22. März begann und am 21. April endete. Hat Chader in dieser Logik also trotz des Ramadans gegen Winti ein wunderschönes Tor per Weitschuss erzielt? Oder ging es ihm schlicht wie vielen Spielern des FC Luzerns in dieser Saison: Dass oft die Kon-

Fussballprofi Sofyan Chader wechselte auf diese Saison hin neu zum FC Luzern.



*Fortsetzung von «Fehlt wegen Ramadan die Kraft?» – Wie der Journalismus mit fastenden Sportler*innen umgeht*

stanz fehlte und selten zwei gute Spiele hintereinander folgten? Vielleicht ist dem Journalisten der Fakt, dass Chader fastet, aber auch erst vor dem Spiel gegen Zürich bekannt geworden. Oder war es eine lokalpatriotisch gefärbte Hypothese zum Schutz des Spielers?

Das oben genannte Beispiel ist zugegeben banal und wir wollen Turi Bucher in keine Richtung eine Absicht bei der Wahl seiner Formulierung unterstellen. Doch aus medientheoretischer Sicht wäre es spannend zu untersuchen, wie religiöse und kulturelle Gebräuche wie der Ramadan Einfluss in die Leistungsbewertung im Sport finden. Und ob es Fälle von stereotypischen oder sogar rassistischen Verwendungen gibt. Die Frage «Fehlt wegen Ramadan die Kraft?» ist ja inhaltlich erstmal neutral zu bewerten. Doch springt sie einem trotzdem gleich ins Auge, was sicherlich auch mit den aktuellen Diskussionen über strukturellen oder systemischen Rassismus im Sportjournalismus zu tun hat. Und wie sie wegen der Xhaka-Ruefer-Geschichte gerade im Schweizer Sport zur Zeit sehr präsent sind. Das freiwillige Fasten im Ramadan ist natürlich zu unterscheiden von Eigenschaften, welche Menschen alleine aufgrund ihrer Herkunft, Religion oder Hautfarbe zugeschrieben werden. Die Kombination Profisport und Fasten während des Ramadans

kann für Leistungssportler*innen eine durchaus schwierige Angelegenheit sein. Zu diesem Thema gibt es auch bereits einige Reportagen, zum Beispiel diese der BBC. Spannend ist, dass es auch beim Thema Ramadan diesen Reflex zu geben scheint, der besonders im Sportjournalismus regelmässig passiert: Dass eine (überraschend) gute oder schlechte Leistung mit Faktoren wie Herkunft, Religion oder Migrationsgeschichte analysiert oder begründet wird. Dies geschieht teilweise mit Kalkül, oft aber auch unbewusst und teilweise sogar in der Absicht, eine*n Sportler*in zu schützen. Was dann wiederum in eine Art positiven Rassismus abgleiten kann. Die «Trotz oder gerade wegen Ramadan»-Story gab es dieses Jahr zum Beispiel nach einem starken Spiel von Basketball-Spieler Kyrie Irving von den Brooklyn Nets und auf dem offiziellen NBA-Twitter-Account: «Ramadan Kyrie is a different level».

Was nun? Die zwei erwähnten Beispiele, Fussballer Chader und Basketballer Irving, zeigen, wie unterschiedlich das Storytelling bei diesem Thema sein kann. Kritisch wird es dann, wenn eine stigmatisierende und alleine auf die Auswirkungen des Ramadan-Fastens reduzierende Leistungsbewertung vorgenommen wird. Spannend ist jedenfalls zu beobachten, wie verschiedene Medien das Thema zukünftig behandeln werden und ob politische Kalküle dahinter erkennbar sind.

Tunesien: Polizei räumt Protest-Camp vor dem UNHCR

Rund 200 geflüchtete Personen protestierten seit Wochen vor einem UNHCR-Gebäude in Tunis. Was als Sit-Inn begann entwickelte sich zu einem Protest-Camp. Als die Demonstrierenden versuchten, sich Zugang zum UNHCR-Gebäude zu verschaffen, lies das UNHCR das Gelände räumen.

Mit Tränengas wurden die Personen, die mehrheitlich aus Subsahara-Staaten stammen, vertrieben. Etliche wurden verhaftet. Die Protestierenden hatten das Warten satt. Ein Teil von ihnen wartet seit mehr als zwei Jahren auf ein Ressentiment. Obwohl sie als Flüchtlinge anerkannt wurden, gelingt es dem UNHCR nicht, ihnen ein Land für einen Neustart in Sicherheit zu finden. Ein anderer Teil der Protestierenden wollte sich neu beim UNHCR registrieren. Doch seit Wochen funktioniert beim UN-Hoch-

kommissariat für Flüchtlinge die Informatik scheinbar nicht. Um die Polizei kommen zu lassen „um sich vor Flüchtlingen zu schützen“, hat die Technik allerdings gereicht. Die brutale Räumung ist das jüngste Ereignis gegen geflüchtete Personen in Tunesien. Seit einigen Wochen häufen sich in Tunesien rassistisch-repressive Vorfälle. Losgetreten wurde die Gewaltwelle von einer hetzerischen Rede des tunesischen Präsidenten Kais Saied.



Gedenken an Jamilia, ermordet vom Patriarchat und dem Schweizer Asylsystem

Am 23.04.22 wurde Jamilia in Büren an der Aare Opfer eines Feminizids. Zum Jahrestag trafen sich Freund*innen und Mitfühlende zum Gedenken an sie. Wir teilen die Forderungen des Kollektivs Offensive contre les féminicides – Offensiv gegen Feminizide.

„Vor einem Jahr, in der Nacht vom 23. auf den 24. April 2022 wurde Jamilia, eine aus Afghanistan geflüchtete Frau und Mutter von fünf Kinder, in der Asylunterkunft in Büren an der Aare, Kanton Bern, von ihrem Ehemann erstochen. Am letzten Sonntag, dem 23. April 2023, haben wir uns im Stadtpark von Biel getroffen, um uns an Jamilia zu erinnern.

Letztes Jahr wurde ein offener Brief an das SRK, die Kantonspolizei Bern und den Migrationsdienst Bern gesandt, in dem darauf hingewiesen wurde, dass Jamilia, die hier in der Schweiz Schutz suchte vor der Gewalt, die sie in Afghanistan erlebte, schon Monate vor ihrem Tod auf die Gewalttätigkeit ihres Mannes aufmerksam gemacht hatte. Das SRK hat weder auf den offenen Brief noch auf eine Protestkundgebung vor seinem Gebäude in Zollikofen im August 2022 reagiert. Der Feminizid an Jamilia war der extremste Fall von patriarchaler Gewalt in einer Asylunterkunft, aber bei Weitem kein Einzelfall. Sexualisierte und patriarchale Gewalt an Menschen, die hier in der Schweiz Schutz und Sicherheit suchen, sind omnipräsent und können und müssen verhindert werden. Wir wiederholen unsere Forderungen an das SRK und an alle anderen Organisationen, die für Asylunterkünfte zuständig sind:

- sofortige und aktive Information zum Thema patriarchale Gewalt in den Asylzentren (mindestens Plakate in verschiedenen Sprachen, Information zu externen Unterstützungsangeboten und Kontakte zu Fachstellen; Erarbeitung der Plakate in Absprache mit einer Fachstelle)
- systematische und regelmässige Informationsarbeit durch Fachstellen wie z.B. Lantana, FIZ oder Brava,
- Erarbeitung eines Leitfadens und von Prozessen dem Umgang mit patriarchaler Gewalt und Feminiziden,
- eine externe Meldestelle für Beschwerden gegen die Asyllleitung und die Angestellten
- Zugang der Zivilgesellschaft zu den Lagern, zum Beispiel durch die Gruppe «Stop Isolation»

Die Schweizer Asylpolitik an sich ist grundlegend menschenverachtend und rassistisch und setzt die Menschen, insbesondere Frauen, trans und queere Menschen, immer wieder gewaltvollen Situationen aus. Damit sie in ihren Unterkünften nicht auch noch patriarchale Gewalt erleben müssen, sollen die oben genannten Forderungen auch Bedingung werden in allen Mandaten zur Arbeit mit Geflüchteten (ORS, Rotes Kreuz etc.)."



Jamilia, wir vergessen dich nicht. Du lebst in unserem Kampf weiter!

Wer ist antira.org?

antira.org ist ein Zusammenhang von herrschaftskritischen Antirassist*innen in der Deutschschweiz. Wir sind autonom vernetzt, bezahlen keine Löhne und leben von solidarisch-widerständiger Arbeitszeit. Wir sind offen für Menschen, die unsere politischen Analysen, Ziele und Mittel teilen. Aktuell wird antira.org von weiss-sozialisierten Personen betrieben. Wir wollen rassistische Privilegien nutzen, um Rassismus zu bekämpfen. Dennoch sehen wir uns von Rassismus (mit-)geprägt und versuchen unsere Sozialisierung und Position innerhalb der rassistischen Gesellschaft kritisch und intersektional zu reflektieren. Für die Ausrichtung von antira.org finden wir es wichtig, im Austausch und Dialog mit nicht-weissen Personen und Zusammenhängen zu stehen und würden es begrüßen, wenn schwarze oder PoC-Kompliz*innen bei antira.org mitmachen würden. Wann immer möglich, nehmen wir auch Berichte und Analysen von BPoC-Personen, Kollektiven oder Strömungen auf. Bitte schickt uns solche Texte, Berichte, Analysen, Veranstaltungshinweise etc. an antira@immerda.ch.

Podcast zum Fall Kowsika: «Sie hätte längst frei sein müssen»

Eine junge Tamilin flieht in die Schweiz. Sie erhält nicht Schutz, sondern kommt ins Gefängnis. Dort erstickt sie vor den Augen mehrerer Aufseher. Die Autorinnen erzählen im Podcast von ihrer Recherche.

www.republik.ch/2023/04/13/podcast-zum-fall-kowsika

Wo ich wohne

Keine Fenster, komplette Isolation: Die Situation von Tomas zeigt, wie prekär kleine Gemeinden die ihnen zugeteilten Geflüchteten unterbringen.

www.papierlosezeitung.ch/de/artikel/wo-ich-wohne

Cops in der Krise

Ein Untersuchungsbericht bescheinigt dem Londoner Metropolitan Police Service Rassismus, Frauenfeindlichkeit und Homophobie. Das Vertrauen der Öffentlichkeit in die Polizei der Hauptstadt ist geringer denn je.

<https://jungle.world/artikel/2023/16/cops-der-krise>

Serie zur Anatsia-Bewegung

Arier- und Ahnenkult: www.endstation-rechts.de/news/arier-und-ahnenkult

Russische Einflussnahme: www.endstation-rechts.de/news/russische-einflussnahme

Kampf gegen Bildung: www.endstation-rechts.de/news/kampf-gegen-bildung

Frauen auf der Flucht: »Niemand hat mich gefragt, wie es mir geht«

Derya* ist eine junge Frau aus dem Nordirak. Als sie mit ihrem Mann im Oktober 2021 Deutschland erreicht, ist sie schwanger, geschwächt und traumatisiert. Sieben Wochen nach ihrer Ankunft verliert sie ihr Kind. Deryas Geschichte wirft ein Schlaglicht auf die mangelnde Identifizierung und Versorgung vulnerabler Menschen im deutschen Aufnahmesystem.

www.proasyl.de/news/frauen-auf-der-flucht-niemand-hat-mich-gefragt-wie-es-mir-geht/

Shadow Game

Ein Film, der versucht, die Perspektive junger People on the move in den Fokus zu rücken. Dies wird stilistisch umgesetzt durch die Verwendung von Go-Pro-Kameras und Handy-Selbstaufnahmen mit persönlichen Einschätzungen der Menschen zum unmittelbar Erlebten. Ein authentischer Film, der persönliche Erfahrungen und Wünsche beeindruckend fassbar macht.

www.srf.ch/play/tv/srf-school/video/shadow-game?urn=urn:srf:video:cd8f42b3-7a87-4fdf-bbea-8a90c62b3853